

**Öffentliche Niederschrift
Sitzung des Schulausschusses**

Sitzungstermin: Donnerstag, 11.09.2025
Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr
Ende Öffentlicher Teil: 16:29 Uhr
Ort, Raum: Rathaus Oberhausen, Raum 217, Ratssaal, Schwartzstraße 72,
46045 Oberhausen

Anwesenheitsliste

Anwesend

Vorsitz

Marita Wolter CDU

reguläre Teilnehmende aus dem Rat

Denise Horn	SPD	
Karin Dubbert	CDU	
Gundula Hausmann-Peters	CDU	
Chris Höppner	CDU	
Simone-Tatjana Stehr	CDU	
Georgis Schmidt	CDU	Vertretung für: Andreas Völker
Manuel Otto Prohl	SPD	Vertretung für: Helga Grothe
Dagmar Heitmann	SPD	
Maximilian Janetzki	SPD	
Thomas Krey	SPD	
Sandra Gödderz	DIE GRÜNEN	
Andreas Gadde	DIE GRÜNEN	
Marc Hoff	FOB-FDP im Rat	

sachkundige/r Bürger/in

Johannes Thielen	CDU	
Ralf Bohnes	SPD	Vertretung für: Kira Brinker
Maren Großenbrink	SPD	
Martina Schiller	DIE GRÜNEN	
Jutta Both	AfD	
Ralf Bohnes	SPD	
Marc Mulia	LINKE.LISTE	Vertretung für: Angelika Glauch
Ursula Pechner-Gorissen	BOB im Rat	

Mitglied

Karin Büschenfeld

hinzugewählte Personen

Muhtalif Demirci

Vertretung des
Integrationsrates**Gäste**

Sila Özer

Gesamtschule
Osterfeld

SPD-Geschäftsstelle

SPD

Fraktion DIE GRÜNEN-Geschäftsstelle

DIE GRÜNEN

AfD-Geschäftsstelle

LINKE.LISTE-Fraktion-Geschäftsstelle

LINKE.LISTE

FDP im Rat - Geschäftsstelle

FDP im Rat

BOB im Rat - Geschäftsstelle

BOB im Rat

Verwaltung

Christoph Hegener

Abwesend**reguläre Teilnehmende aus dem Rat**

Andreas Völker

CDU

entschuldigt

Helga Grothe

SPD

entschuldigt

sachkundige/r Bürger/in

Kira Brinker

SPD

entschuldigt

Angelika Glauch

LINKE.LISTE

entschuldigt

Gäste und weitere Teilnehmer

Vor Eintritt in den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wurde die Nichtöffentlichkeit hergestellt.

Frau Wolter (Vorsitzende) eröffnet die 32. Sitzung des Schulausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Die Einladung ist allen Mitgliedern form- und fristgerecht zugegangen. So dann stellt Frau Wolter die Beschlussfähigkeit des Schulausschusses fest.

Die Niederschrift des 31. Schulausschusses vom 12.06.2025 wird ohne Anmerkung zur Kenntnis genommen.

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

TOP	Betreff	Drucksache
1	Kenntnisnahmen	
1.1	Sozialbericht 2024 – Dritte Aktualisierung des Sozialindex	M/17/6778
1.2	Kinder- und Jugendgesundheitsbericht 2024 der Stadt Oberhausen	M/17/6806
1.3	Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Oberhausen für den Geltungszeitraum 2026 bis 2030	B/17/6911
1.4	Fortschreibung des Spielraumentwicklungsplans 2026-2030	B/17/7030
1.5	Sachstandsbericht zur Umsetzung der Videoüberwachung an Schulen zur Abwehr von Einbrüchen und Vandalismus	B/17/7043
2	Vorberatungen	
2.1	Schulentwicklungsplanung Stadt Oberhausen 2025-2035	B/17/7052
2.1.1	Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Schulentwicklungsplanung Stadt Oberhausen 2025-2035 Antrag zur Vorlage B/17/7052	A/17/7122
2.2	Beschaffung, Installation und Betrieb von Notfall- und Gefahren Reaktionssystemen (NGRS) in Schul- und Verwaltungsgebäuden	B/17/6923
2.3	Handlungskonzept Integration in Oberhausen	B/17/6924
2.4	Kauf und Aufstellung von Raumzellenanlagen am Sophie-Scholl-Gymnasium	B/17/7029
3	Beschlussfassungen	
4	Anträge	
4.1	Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Antrag auf Sachdarstellung Schulentwicklungsplan in Verbindung mit Schulplatzproblemen in der Stadt und den Nachbarstädten	A/17/6821

TOP	Betreff	Drucksache
4.2	Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Errichtung einer sechszügigen Gesamtschule in Lirich	A/17/7005
4.3	Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Errichtung einer sechszügigen Gesamtschule in Sterkrade	A/17/7006
4.4	Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Wiedereröffnung der Heideschule	A/17/7008
4.4.1	Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Wiedereröffnung der Heideschule Antrag zur Vorlage A/17/7008	A/17/7008-01
4.5	Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Erstellung eines Schulentwicklungsplans für die Jahre 2026 bis 2030	A/17/7009
4.5.1	Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Erstellung eines Schulentwicklungsplans für die Jahre 2026 bis 2030 Antrag zur Vorlage A/17/7009	A/17/7009-01
5	Mitteilungen der Verwaltung	

Niederschrift**Öffentlicher Teil**

1 Kenntnisnahmen

**1.1 Sozialbericht 2024 – Dritte Aktualisierung des Sozialindex
M/17/6778
zur Kenntnis genommen**

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

**1.2 Kinder- und Jugendgesundheitsbericht 2024 der Stadt Oberhausen
M/17/6806
zur Kenntnis genommen**

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

**1.3 Kinder- und Jugendförderplan der Stadt Oberhausen für den Geltungszeit-
raum 2026 bis 2030
B/17/6911
zur Kenntnis genommen**

Herr Schmidt (Beigeordneter) ergänzt, dass im vorliegenden Kinder- und Jugendförderplan die Maßnahme Lese- / Rechtschreibförderung nicht mehr erscheint. Im aktuellen Förderplan ist dieses Thema bis zum Ende des Jahres 2025 abgesichert.

Herr Schmidt erklärt, dass intensive Diskussionen mit den Beteiligten geführt wurden, um eine Fortsetzung dieser sehr erfolgreichen Fördermaßnahme sicherzustellen. Aktuell werden dazu vergaberechtliche und organisatorische Fragen für die Fortsetzung der Maßnahme ab 01/2026 geklärt. Perspektivisch ist eine Verlagerung in den Bereich Schule denkbar, da die Maßnahme nicht mehr über den Kinder- und Jugendförderplan unterstützt werden kann.

Die Drucksache wird zur Kenntnis genommen.

**1.4 Fortschreibung des Spielraumentwicklungsplans 2026-2030
B/17/7030
zur Kenntnis genommen**

Frau Hausmann-Peters (CDU) merkt an, dass die CDU ohne Votum vorberaten möchte, da für die Fraktion noch einige Fragen offen sind, die bis zum Jugendhilfeausschuss noch geklärt werden sollten.

Der Schulausschuss nimmt die Drucksache zur Kenntnis.

**1.5 Sachstandsbericht zur Umsetzung der Videoüberwachung an Schulen zur Abwehr von Einbrüchen und Vandalismus
B/17/7043
zur Kenntnis genommen**

Herr Hoff (FDP) möchte weitere Informationen dazu erhalten, wann die Maßnahmen an den Schulen, zu denen es in der Tabelle noch keine Angaben gibt, beginnen und zu welchem Zeitpunkt sie abgeschlossen werden.

Frau Horn (SPD) lobt den Sachstandsbericht ausdrücklich. Sie erkundigt sich danach, wie die Maßnahmen gewirkt haben und ob es in der letzten Zeit auch noch Einbruchversuche o.ä. gab.

Herr van Benthem (CEO) bedankt sich für die Rückfragen. Er erläutert, dass die Maßnahmen voraussichtlich noch im aktuellen Kalenderjahr abgewickelt werden können. Dies hängt u.a. davon ab, wo die Kameras installiert werden und wie aufwendig die noch ausstehenden Installationen sind.

Herr Schmidt (Beigeordneter) erklärt beziehend auf die Frage von Frau Horn (SPD), dass im letzten Jahr sehr viele Einbrüche in Schulen, Kindergärten und Verwaltungsgebäuden festgestellt wurden. Daraufhin wurden konzertierte Aktionen mit unterschiedlichen Verwaltungsteilen (insbes. IT, Jugendverwaltung, freien Trägern) durchgeführt, z.B. das Thema Streetwork und Arbeit vor Ort in den Stadtteilen intensiviert, ebenso mit Polizei und Ordnungsdienst. Es wurde überprüft, welche zusätzlichen Sicherungen der Schul- und Kita-Gebäude möglich sind. An Einbruchsschwerpunkten wurde Videoüberwachung durch Bauwatch-Türme eingerichtet sowie Sicherheitsdienste mit dem Schutz der Gebäude in den Abendstunden sowie am Wochenende beauftragt.

Dadurch konnte die Anzahl der Einbrüche deutlich reduziert werden. Die Bemühungen der Verwaltung haben Wirkung gezeigt und zur Beruhigung an vielen Stellen beigetragen.

Der Schulausschuss nimmt die Drucksache zur Kenntnis.

2 Vorberatungen

Fr. Wolter (Vorsitzende) schlägt vor, den TOP 2.1, 2.1.1 mit den Anträgen unter **TOP 4.2., 4.3., 4.4., 4.4.1, 4.5., 4.5.1** zusammen zu beraten.
Dieses Vorgehen wird einstimmig beschlossen.

**2.1 Schulentwicklungsplanung Stadt Oberhausen 2025-2035
B/17/7052
ohne Votum vorberaten**

Der Schulausschuss berät die Drucksache ohne Votum vor und meldet Beratungsbedarf an.

**2.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Schulentwicklungsplanung Stadt Oberhausen 2025-2035 Antrag zur Vorlage B/17/7052
A/17/7122**

Frau Horn (SPD) unterstreicht die Relevanz der Weiterentwicklung der Schullandschaft in Oberhausen. Große Herausforderungen sieht sie in den steigenden Schüler*innenzahlen, wachsendem Raumbedarf und dem Anspruch, gute Bildungschancen für die Schüler*innen sicherzustellen.

Die SPD-Fraktion fordert, eine neue sechszügige Gesamtschule (vorzugsweise in Lirich) zu errichten. Sie sieht in Lirich den größten Bedarf und die Möglichkeit, Stadtteil- und Schulentwicklung sinnvoll zusammenzuführen.

Die Verwaltung solle zusätzlich prüfen, ob und unter welchen Voraussetzungen eine weitere Gesamtschule eingerichtet werden kann, da auch nach 2027 der Platzbedarf hoch bleibt.

Die SPD-Fraktion lehnt die Punkte zwei und sechs der o.g. Vorlage ab. Bei der Übertragung der Unterlagen gab es ein Problem. Daher möchte die SPD-Fraktion noch etwas streichen. Sie lehnt die Erhöhung der Klassenfrequenz in Grundschulen entschieden ab, auch wenn ihnen bekannt ist, dass die Bezirksregierung jederzeit größere Klassen anordnen kann. Sie wolle gerade deshalb an dem bisherigen Ratsbeschluss festhalten.

Zu den Punkten vier und fünf (Zügigkeitserhöhungen) an der Heinrich Böll Gesamtschule und der Theodor Heuss Realschule wird die Notwendigkeit gesehen, kurzfristige Kapazitäten zu schaffen. Die SPD stimmt diesen Punkten aber nur zu, wenn gleichzeitig die Perspektive einer weiteren Gesamtschule geprüft wird. Denn die SPD zielt auf eine schnelle Entlastung der Beteiligten, langfristig kleinere Klassen und mehr individuelle Förderung.

Frau Horn verweist auf die Situation der Schillerschule. Die Förderschule arbeitet derzeit an drei Standorten gleichzeitig, was eine enorme Belastung für die Kinder, die Eltern und das gesamte Kollegium bedeutet. Die SPD befürwortet deshalb ausdrücklich den Bau einer neuen Förderschule.

Bezüglich des von der SPD eingereichten Änderungsantrags bittet Frau Horn um Zustimmung der anderen anwesenden Parteien.

Frau Hausmann-Peters (CDU) kritisiert, dass die Vorlage unter TOP 2.1 nicht die Ansprüche an eine qualifizierte Schulentwicklungsplanung erfüllt. Sie erläutert, dass die Schulentwicklungsplanung zu spät kommt, da der letzte Plan den Zeitraum von 2016 bis 2020 umfasste. Darüber hinaus sind die Datenquellen der Vorlage rein quantitativ. Es wurden keine Verknüpfungen mit schulorganisatorischen Maßnahmen und pädagogischen Aspekten vorgenommen. Ebenso wurden keine anderen kommunalen Berichte (z.B. Sozialbericht, Kinder- und Jugendförderplan) berücksichtigt und kein Bezug zu sozialen und räumlichen Bezügen der einzelnen Quartiere hergestellt (z.B. Weiterentwicklung von Familien- und Grundschulzentren).

Die CDU-Fraktion erläutert, dass die Schulverwaltung 2020/2021 einen guten Prozess auf den Weg gebracht hat, mit einer umfangreichen Gliederung für die Bildungsplanung und Schulentwicklungsplanung. Sie kritisiert, dass von diesem Prozess in der aktuellen Vorlage nichts mehr zu finden ist und kein Gesamtkonzept erkennbar ist.

Es fehlen u.a. folgende Aspekte: Errichtung der Grundschulzentren, Gemeinsames Lernen an Grundschulen, Benennung der Standorte, Schüler*innenzahlen, Berücksichtigung der Sekundarstufe I, Zahlen und Aussagen zur Auslastung der Sekundarstufe II und gymnasialen Bildungsgängen. Berufskollegs werden zudem gar nicht genannt bzw. berücksichtigt. Ebenso werden Zahlen von Seiteneinsteigenden und Kindern in der Erstförderung nicht thematisiert, Übergänge, z.B. Schule/Beruf, OGS Ausbau, Ausstattung an Schulen und die Weiterentwicklung von Schulen werden ebenfalls nicht erwähnt.

Unklar ist zudem der Auftrag, den die Beratungsfirma hatte, die in der Vorlage erwähnt wird und welche Ergebnisse die Beratungsfirma erzielt hat.

Ohne diese Informationen kann nach Ansicht der CDU-Fraktion kein Beschluss gefasst werden.

Herr Mulia (Linke Liste) lobt die Ausführungen von Frau Hausmann-Peters und stimmt den ergänzenden Aspekten zum Antrag der SPD zu.

Herr Mulia spricht sich dagegen aus, alle anderen Punkte zu vertagen. Die steigenden Schüler*innenzahlen lassen das seiner Ansicht nach nicht zu. Er spricht sich dafür aus, in der Sitzung Beschlüsse zu fassen. Es soll u.a. zum nächsten Schuljahr das Gebäude der ehemaligen Hauptschule in Lirich in Betrieb genommen werden und in Sterkrade soll die Verwaltung den Bau einer weiteren Gesamtschule auf den Weg bringen.

Das Aufstellen von Raumzellen lehnt er ab, zumal bereits 2017/2018 die Geburtenrate ge-

zeigt hat, dass dringender Bedarf an weiteren Schulplätzen besteht.

Als besonders ärgerlich hebt er hervor, dass mit dem Bau der neuen Gesamtschule an der Knappenstraße (Beschluss im Jahr 2020) noch nicht begonnen wurde.

Er erinnert an das intakte Schulgebäude der Osterfelder Heideschule und den Bedarf in Osterfeld und schlägt vor, in diesem Gebäude wieder eine Grundschule einzurichten.

Herr Hoff (FDP) widerspricht Herrn Mulia in zwei Punkten. Er erinnert zum einen daran, dass in der Sitzung nur vorberaten, aber nicht beschlossen wird. Zum anderen stellt er richtig, dass vor fünf Jahren, in der ersten Sitzung des Schulausschusses der Wahlperiode, die Anzahl der Schüler*innen noch nicht klar war (u.a. Zuwanderung aus der Ukraine).

Herr Hoff stimmt Frau Hausmann-Peters in den Punkten zur Schulentwicklungsplanung zu. Er äußert zudem Kritik am kurzfristigen Änderungsantrag der SPD. Der Antrag liegt erst seit dem Tag der Ausschusssitzung vor und ist umfangreich. Während des Vortrags zum Änderungsantrag wird zudem erwähnt, dass weitere Punkte im Antrag (zwei und sechs) geändert werden müssen, da die SPD diesen Punkten nicht zustimmen wird.

Herr Hoff geht davon aus, dass eine Abstimmung über das Gesamtkonzept (u.a. Standort neuer Schulen, Schulform) in der Sitzung nicht möglich ist, sondern auf die Ratssitzung verschoben werden muss.

Frau Hausmann-Peters (CDU) erläutert, dass eine Beratung in der Sitzung nicht möglich ist. Für eine adäquate Beratung braucht es u.a. Zahlen zu den Entwicklungen der Sekundarstufe II. Es sollte auch über eine Kooperation mit anderen, naheliegenden Schulen (Gymnasien, Gesamtschulen) nachgedacht werden. Die CDU-Fraktion sieht besonderen Handlungsbedarf bei der Sekundarstufe I. sowie im Bereich „Geistige Entwicklung“, da hier Kapazitäten fehlen. Vor dem Hintergrund der fehlenden Informationen hält sie es nicht für sinnvoll, bereits darüber zu entscheiden, welche Schulform benötigt wird und wo der Standort liegen könnte.

Frau Gödderz (Die Grünen) merkt vor dem Hintergrund des großen Diskussionsbedarfs an, dass es sinnvoll war, die Punkte von der Tagesordnung der letzten Sonderratssitzung zu nehmen, um sie in Rahmen des Schulausschusses ausführlich zu diskutieren.

Frau Gödderz unterstützt Hausmann-Peters dahin gehend, dass der Ausschuss andere Schulentwicklungspläne gewohnt ist. Sie ergänzt, dass von schnellen Lösungen keine Rede sein kann, da der letzte Schulentwicklungsplan von 2016 ist.

Die Grünen-Fraktion hebt hervor, dass sie eine weitere Gesamtschule befürwortet. Frau Gödderz stellt klar, dass dies dringlich ist, da im Schuljahr 2027 341 Schulplätze fehlen werden. Sie ist der Meinung, dass der Schulentwicklungsplan dennoch gut von der Verwaltung erstellt wurde, nur leider ohne den Einbezug der am Schulleben Beteiligten.

Frau Horn (SPD) schließt sich den Vorrednern zum Schulentwicklungsplan ausdrücklich an und begründet damit erneut den Änderungsantrag der SPD. Auch sie weist auf die Dringlichkeit hin, umgehend eine Lösung für die Schüler*innen des Schuljahres 2027/2028 zu finden. Im Änderungsantrag der SPD wurden insbesondere zwei Sätze geändert. Die Punkte zwei und sechs sollen gestrichen werden. Bei diesen Punkten gab es einen Fehler bei der Einstellung. Darüber hinaus wurden zwei Sätze ergänzt. Es handelt sich demnach nicht um einen riesigen Änderungsumfang, so dass über den Antrag durchaus heute beraten werden kann.

Frau Stehr (CDU) bittet Herrn Schmidt, sich zum Schulentwicklungsplan zu äußern.

Ihrer Ansicht nach kann das, was Schule heute leisten muss, nicht mit dem vorliegenden Plan erfüllt werden. Es geht nicht nur darum, neue Gebäude zu bauen, sondern z. B. auch um mögliche Formen der Kooperation mit angrenzenden Kommunen, darum welche Schulen es zukünftig in der Stadt geben soll und was diese leisten müssen.

Darüber hinaus fehlen ihr eine Diskussion zu Schulzentren, Gedanken zu den Oberstufen und der Begleitung von Eltern, der Einsatz von Therapeuten wie Logopäden etc. Ziel eines Schulentwicklungsplans muss es sein, eine ganze Bildungslandschaft zu entwickeln.

Die Errichtung von Schulen mit Schnellbau- und/oder Modulbauverfahren sollten keine Option sein. Nicht einzelne neue Gebäude sondern ein Gesamtkonzept für die künftige Schullandschaft muss entwickelt werden.

Herr Mulia (Linke Liste) äußert Unmut darüber, dass die Linke Liste in den vergangenen Jah-

ren mehrfach den Bau einer Schule vorgeschlagen hat, der in den Abstimmungen nie zu einer Mehrheit geführt hat.

Herr Krey (SPD) äußert seine Irritation über einige Wortbeiträge.

Im Januar 2023 wurde über die Sachstände (Grundschulbereich, Sekundarstufe I) gesprochen. Im Sommer letzten Jahres machte Frau Büschenfeld (Bezirksregierung Düsseldorf, Obere Schulaufsicht) deutlich, dass es dringend eine neue Schule braucht. Aktuelle Zahlen und Statistiken liegen laut Herrn Krey ebenfalls seit dem 08.05.2025 vor.

Er unterstreicht, dass sich Schnell-/Modulbaumaßnahmen und pädagogisch hochwertige Räume gut vereinbaren lassen, da sich mit Beton die gleichen Bauteile wie aus Stein fertigen lassen. Er kritisiert, dass die Schule an der Knappenstraße, fünf Jahre nach dem Beschluss noch nicht gebaut wurde.

Frau Stehr (CDU) räumt ein, dass dem Schulausschuss bewusst war, dass über Schulbau nachgedacht werden muss. Aber die Politik muss keinen Vorschlag machen, alle Vertreter*innen sind Ehrenamtler*innen. Zuständig bzw. verantwortlich ist die Verwaltung/der Dezernent.

Sie bringt ihren Unmut darüber zum Ausdruck, dass der hohe Zeit- und Handlungsdruck dadurch entstanden ist, dass der Schulentwicklungsplan zu spät vorgelegt wurde.

Frau Büschenfeld (Bezirksregierung Düsseldorf, Obere Schulaufsicht) unterstreicht das dringende Anliegen, allen Kindern einen adäquaten Schulplatz zu ermöglichen und weist auf die Dringlichkeit hin. Sie beschreibt, dass die Raumkapazitäten an vielen Schulen so niedrig sind, dass der Anspruch eines jeden Kindes auf einen Schulformwechsel bereits seit fünf Jahren häufig nicht erfüllt werden kann. Das hat zur Folge, dass die entsprechenden Schüler*innen erst zweimal eine Klasse wiederholen müssen, bevor sie die Schulform wechseln können oder/und keine Abschlüsse machen können. Das zweimalige Scheitern frustriert die betroffenen Schüler*innen und trägt auch zu Schulabsentismus bei. Diese Schüler*innen gehen Oberhausen verloren.

Frau Büschenfeld spricht sich für eine schnellere Bauweise und -verfahren aus. Sie berichtet, dass in Velbert kürzlich eine neue sechszügige Gesamtschule (Waldschlösschen) eingeweiht wurde, deren Bauzeit unter vier Jahren nach Ratsbeschluss lag. Die Schule entspricht den neuesten Standards hinsichtlich pädagogischem Konzept (Cluster) sowie bautechnischen Anforderungen.

Sie erklärt, dass Oberstufen in Oberhausen an Gymnasien und Gesamtschulen nicht gefährdet sind und man dies auch dem Datenkompass entnehmen kann. Sie ergänzt, dass ein Oberstufenzentrum nicht genehmigungsfähig ist.

Die Errichtung einer Sekundarschule wäre erst nach einer Elternbefragung möglich, da es in Oberhausen bisher keine Sekundarschulen gibt. Gleiches gilt für Hauptschulen.

Sollte in der Zukunft einmal der Zustand erreicht werden, dass Schulraum übrig ist, können die vorhandenen Schulen weiter entlastet werden, indem z.B. aus einem siebenzügigen Jahrgang ein sechszügiger wird und Räume geschaffen werden, in denen man pädagogisch arbeiten kann.

Frau Gödderz (Die Grünen) bedankt sich bei Frau Büschenfeld für die Ausführungen zur Dringlichkeit der Lage.

Sie regt an, auf die Ergebnisse des Beteiligungsverfahrens von der Gesamtschule an der Knappenstraße zurückzugreifen, da für erneute Beteiligungsformen aufgrund der angespannten Lage keine Zeit bleibt.

Frau Pechner-Gorrissen (BOB) merkt an, dass sowohl kurzfristige als auch langfristige Maßnahmen nötig sind.

Als langfristige Maßnahme nennt sie die Überarbeitung des Schulentwicklungsplans, als kurzfristige Maßnahmen die Bildung weiterer Klassen, beispielsweise durch eine höhere Klassenfrequenz oder einen Erweiterungsbau.

Sie weist darauf hin, dass auch ausreichend Lehrer*innen zur Verfügung stehen müssen und diese leichter für eine Gesamtschule zu finden sind.

Sie befürwortet die Errichtung einer Gesamtschule in Lirich als ersten Ansatz zu verfolgen, zumindest als Lösung für die Sekundarstufe I.

Frau Both (AFD) erklärt, dass es letztlich nicht nur um die Errichtung neuer Schulen, sondern um die gesamte Bildung auch für Oberhausen als Wirtschaftsstandort geht. Vor diesem Hintergrund befürwortet die Fraktion die Errichtung von Gesamt- und Förderschulen.

Frau Hausmann-Peters (CDU) bedankt sich bei Frau Büschenfeld für die Information bezüglich des Sachstands bei den Oberstufen.

Sie ergänzt, dass es keine Einigkeit über die Schulform einer neuen Schule in Oberhausen gibt, da keine ausreichenden Informationen zur Sachlage vorliegen.

Herr Mulia (Linke Liste) spricht sich für ein dezentrales Schulangebot aus, d.h. dass dort wo viele Kinder sind und noch keine weiterführende Schule existiert, eine neue Schule gebaut wird, wie z.B. in Lirich. Die Kinder haben dann kurze Schulwege.

Die Errichtung eines Oberstufenzentrums würde ermöglichen, eine große Auswahl anzubieten. Er richtet die Frage an Frau Büschenfeld, ob man hierfür eine Genehmigung für einen Schulversuch vom Land bekommen könnte.

Er möchte wissen, was geschieht, wenn am 29.09.2025 ein Beschluss zur Errichtung einer neuen Schule in 2026/27 herbeigeführt werden kann bzw. ob das Vorhaben noch innerhalb der Fristen umsetzbar wäre.

Frau Büschenfeld (Bezirksregierung Düsseldorf, Obere Schulaufsicht) bestätigt diese Möglichkeit grundsätzlich, aber unter der Voraussetzung, dass bis Anfang Dezember alle Beschlüsse usw. vorliegen, die auch für die Knappenstraße eingereicht werden mussten. Sie bewertet das Zeitfenster aber als sehr eng. Frau Büschenfeld müsste zudem kurzfristig ein Lehrer-Gründungsteam finden.

Frau Wolter (Vorsitzende) schließt die Rednerliste zu den Anträgen und gibt Herrn Schmidt das Wort.

Herr Schmidt (Beigeordneter) geht auf einige der genannten Aspekte ein. Er erläutert zunächst, dass die Verwaltung ein ebenso großes Interesse daran hat, ein gutes Bildungsangebot für die Kinder und Jugendlichen in Oberhausen zu realisieren, ebenso wie die Politik. Die Verwaltung hat sich dazu nicht nur mit Schüler*innenzahlen, sondern ebenso mit Inhalten beschäftigt.

Aus der Ukraine wurden in den letzten Jahren 800 Kinder und Jugendliche zusätzlich in das Oberhausener Schulsystem aufgenommen. Diese Kinder und Jugendlichen waren in der Planung vor fünf Jahren noch nicht berücksichtigt. Auch die Pandemiezeit hat die Planungsprozesse nicht erleichtert. Darüber hinaus sind im Bereich Schule in den Führungspositionen neue Kolleg*innen hinzugekommen, die sich nicht über einen längeren Zeitraum intensiv mit der Schulentwicklungsplanung beschäftigen konnten.

Die Verwaltung hat bei der Erstellung des Vorschlags für den Schulentwicklungsplan so viele Stellen und Personen mitgenommen, wie es in dem Zeitraum möglich war. Neben den Gesprächen im Schulausschuss in den letzten Monaten, dienten dazu Termine mit den schulpolitischen Sprecher*innen sowie Workshops mit Beteiligung aller, die zum Gelingen beitragen können (insbesondere Verwaltung, Schulleitungen, Politik, Bezirksregierung). Mit der Schulträgerberatung wurde zudem versucht, das Bild mit der Bezirksregierung abzurunden.

Herr Schmidt macht deutlich, dass es der Verwaltung bewusst ist, dass die Vorlage für diese Schulausschusssitzung nicht allen Voraussetzungen und Inhalten einer adäquaten Schulentwicklungsplanung genügt. Ziel des Vorschlags war es, den Druck zu reduzieren, der durch den hohen Mangel an Schulraum entstanden ist. Die Verwaltung hat sich auch intensiv mit modernen pädagogischen Aspekten des Schulbaus beschäftigt. Dies spiegelt sich auch in den Baumaßnahmen für alle Schulformen, die in der letzten Zeit initiiert wurden. Klassische „Flurschulen“ werden zunehmend vermieden und versucht, die Erwartungen und Entwicklungsmöglichkeiten der am Schulsystem Beteiligten zu berücksichtigen.

Vor diesem Hintergrund geht die Verwaltung davon aus, dass der vorgeschlagene Schulentwicklungsplan die Chance bietet, zumindest in einem überschaubaren Zeitraum die Angebote zu schaffen, die für eine sachgerechte Versorgung der Schüler*innen benötigt werden.

Der sachgerechte Inhalt von Schulentwicklungsplanung wird künftig intensiver entwickelt, als

es der Verwaltung zeitlich zuletzt möglich war.

Die Verwaltung hat eine Einschätzung bezüglich der Schulform und eines möglichen Standorts abgegeben. In Abwägung der von den Beteiligten eingebrachten Aspekte wurde eine Gesamtschule im Oberhausener Süden, Altstadt oder Styrum vorgeschlagen.

Sollte eine entsprechende Beschlussfassung im Rat erfolgen, würde die Verwaltung zunächst in dieser Richtung bezüglich Schulform und Standort (Fläche, Objekt) mit der Sonderung fortfahren.

Frau Hausmann-Peters (CDU) bittet abschließend um Daten als Grundlage zur Entscheidung. Sie fragt nach Zahlen der Seiteneinsteiger*innen, die Ergebnisse der Beratungsfirma, Zahlen der Schüler*innen in der Erstförderung sowie die Schüler*innenzahlen der Sekundarstufe II.

Für alle Anträge (2.1, 2.1.1, 4.2., 4.3., 4.4, 4.4.1, 4.5, 4.5.1) wird Beratungsbedarf angemeldet.

Der Schulausschuss berät die Drucksache ohne Votum vor.

- | | |
|------------|--|
| 2.2 | Beschaffung, Installation und Betrieb von Notfall- und Gefahren Reaktions-systemen (NGRS) in Schul- und Verwaltungsgebäuden
B/17/6923
ungeändert vorberaten |
|------------|--|

Der Schulausschuss berät die Drucksache einstimmig zustimmend vor.
--

- | | |
|------------|---|
| 2.3 | Handlungskonzept Integration in Oberhausen
B/17/6924
ungeändert vorberaten |
|------------|---|

Der Schulausschuss berät die Drucksache zustimmend vor. Die Linke Liste enthält sich der Abstimmung.
--

- | | |
|------------|--|
| 2.4 | Kauf und Aufstellung von Raumzellenanlagen am Sophie-Scholl-Gymnasium
B/17/7029
ungeändert vorberaten |
|------------|--|

Der Schulausschuss berät die Drucksache zustimmend vor. Die Linke Liste enthält sich der Abstimmung.
--

3	Beschlussfassungen
----------	---------------------------

4	Anträge
----------	----------------

**4.1 Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Antrag auf Sachdarstellung Schulentwicklungsplan in Verbindung mit Schulplatzproblemen in der Stadt und den Nachbarstädten
A/17/6821
ohne Votum vorberaten**

Herr Schmidt (Beigeordneter) erläutert, dass die von der Linke Liste-Fraktion gewünschten Berichte in der Vorlage unter 2.1 bearbeitet sind. Es handelt sich dabei um die Schüler*innenzahlen, die die Nachbarkommunen besuchen sowie die Schüler*innenzahlen aus den Nachbarkommunen, die Oberhausener Schulen besuchen. Sie sind in der Vorlage 2.1 unter der Zeile 360 dargestellt.

Herr Mulia (Linke Liste) weist darauf hin, dass Oberhausen mehr „auswandernde“ Schüler*innen als „einwandernde“ Schüler*innen hat. Sollten die Nachbarkommunen künftig die Aufnahme der Schüler*innen aus Oberhausen verweigern (Beispiel Dinslaken), müssten die Konsequenzen auch im Schulentwicklungsplan bedacht werden.

Frau Hausmann-Peters (CDU) möchte wissen, ob Oberhausen dazu aufgefordert wurde, zu diesem Sachverhalt Stellung zu nehmen und ggf. in welcher Form.

Herr Schmidt (Beigeordneter) erläutert, dass auch Oberhausen zur Stellungnahme aufgefordert wurde. Oberhausen beabsichtigt derzeit nicht, Beschlüsse zu fassen, die die Aufnahme von Schüler*innen aus den angrenzenden Kommunen einschränken. Insbesondere Familien, die nah an den Stadtgrenzen wohnen, erfahren bei allen Schulformen ein besseres Angebot, wenn sie sich bei der Schulwahl auch außerhalb der nahliegenden Stadtgrenze orientieren können.

**4.2 Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Errichtung einer sechszügigen Gesamtschule in Lirich
A/17/7005
ohne Votum vorberaten**

(siehe TOP 2)

Der Schulausschuss berät die Drucksache ohne Votum vor und meldet Beratungsbedarf an.

**4.3 Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Errichtung einer sechszügigen Gesamtschule in Sterkrade
A/17/7006
ohne Votum vorberaten**

(siehe TOP 2)

Der Schulausschuss berät die Drucksache ohne Votum vor und meldet Beratungsbedarf an.

- 4.4 Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Wiedereröffnung der Heideschule
A/17/7008
ohne Votum vorberaten**

(siehe TOP 2)

Der Schulausschuss berät die Drucksache ohne Votum vor und meldet Beratungsbedarf an.

- 4.4.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Wiedereröffnung der Heideschule
Antrag zur Vorlage A/17/7008
A/17/7008-01
ohne Votum vorberaten**

(siehe TOP 2)

Der Schulausschuss berät die Drucksache ohne Votum vor und meldet Beratungsbedarf an.

- 4.5 Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Erstellung eines Schulentwicklungsplans für die Jahre 2026 bis 2030
A/17/7009
ohne Votum vorberaten**

(siehe TOP 2)

Der Schulausschuss berät die Drucksache ohne Votum vor und meldet Beratungsbedarf an.

- 4.5.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum Antrag der Linke Liste-Fraktion im Rat gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt, seiner Ausschüsse und Gremien: Erstellung eines Schulentwicklungsplans für die Jahre 2026 bis 2030
Antrag zur Vorlage A/17/7009
A/17/7009-01
ohne Votum vorberaten**

(siehe TOP 2)

Der Schulausschuss berät die Drucksache ohne Votum vor und meldet Beratungsbedarf an.

5 Mitteilungen der Verwaltung

In der letzten Sitzung hat sich der Verwaltungsvorstand intensiv mit zwei Bauthemen auseinandergesetzt, dessen Vorbereitungen bereits weit fortgeschritten sind; zum einen mit dem Neubau der Mensa an der Wunderschule, zum anderen mit einem Erweiterungsbau am Heinrich-Heine-Gymnasium, um die Bedarfe hinsichtlich der Umstellung G8 / G9 abzubilden. Bei der Wunderschule handelt es sich um Kosten in Höhe von 3,15 Mio Euro; beim Heinrich-Heine-Gymnasium in Höhe von 8,17 Mio Euro.

Die Verwaltung bittet den Schulausschuss darum, vorab sein Einverständnis zu erteilen, dass die Verwaltung noch in diesem Monat die Vorlagen in den Haupt- und Finanzausschuss sowie in den Rat geben kann, um keine weitere Zeit zu verlieren. Pläne und weitere Details würden im Nachgang an den Schulausschuss weitergeleitet.

Es gibt keine Einwände oder Rückfragen aus dem Plenum.

Ausschussvorsitzende
Marita Wolter

Schriftführer
Matthias Vierhuis